



mehr die alten Unterjocher der Rasse und der Sprache. Sie fühlen sich nach einem Worte von Schiller als Weltbürger, deren Interesse nicht erschöpft ist innerhalb der engen Grenzen des Vaterlandes, sondern die Anteil nehmen an allen Ereignissen der großen Menschheitsfamilie. Durch den Sieg der deutschen Sozialdemokratie würden auch sie gefördert und ihre Seelen würden durch ein immenses Gefühl des Selbstvertrauens gehoben. Der Sieg der deutschen Sozialdemokratie ist für uns, ist ein italienischer Sieg. Es ist unser Prinzip, daß in Deutschland gefeiert, es sind unsere Ideale, die sich dort Bahn brechen, und das Echo des Sieges ruft freudigen Widerhall in unseren Herzen hervor. Es ist die neue sozialistische Revolution, die sich durchzieht. ... Die Sozialdemokratie Deutschlands zeigt ihren jüngeren Brüdern der anderen Länder, wie man kämpft und wie man siegt auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, mit dem einzigen Ziel, die Macht zu erringen, um eine Aenderung der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung herbeizuführen.

**Der Ritter von der Schnapskassette.** Die bürgerliche Welt am Montag schreibt: In ihrem Abendblatt vom 19. Juni, also drei Tage nach der eindringlichen Vertreibung, welche den Reaktionskräften bei der Reichstagswahl erteilt worden war, hat die Kreuzzeitung eine Selbstenkenntnis zum Ausdruck gebracht, die sozialdemokratischen Wähler als Ritter von der Schnapskassette bezeichnet. Das Blatt scheint sich noch immer nicht klar gemacht zu haben, daß eine Partei, deren Angehörige aus nur zu einem Bruchteil aus vermehrten Trunkschloßern bestehen, nie und nimmer zu solchen erlauchenden Kräfteleistungen sich würde aufraffen können, wie die Sozialdemokratie sie nicht erst bei der jetzigen Wahl aufzuweisen hatte. Das gemeine Schimpfwort fällt mit voller Wucht auf seinen Urheber zurück. Benignitäts sollte man annehmen, daß nur im Zustand akuter Alkoholvergiftung ein sonst halbwegs anständiger Mensch sich zu einer so grandiosen Beschimpfung der weitaus stärksten Partei im Reich hinreißen lasse.

**Tod dem Freiwil!** In der Deutschen Tageszeitung schreibt ein pommerischer Junker C. v. Bomin: Es entsteht nun die brennende Frage, ob wir in alter Kurzsichtigkeit und germanischer Mäßigkeit nochmal dem jüdischen Freiwil, der besten und alleinigen Verdrücker der Sozialdemokratie, helfend unter den Arm greifen und ihm auf unsere Kräfte den Gung in der Reichstagswahl ermöglichen wollen. ... Wähten wir doch endlich zum Wohl der Monarchie und des Vaterlandes einmütig, daß es im Streit zwischen beiden leidlichen Brüdern besser ist, die Sozialdemokratie als das geringere Übel zu betrachten. Dann, aber auch nur dann, werden Regierung und Volk erkennen, wohin unsere Kräfte geht. Sie sehen immer noch nicht mit scharferem Blick den über alles gefährlichen Wolf in Schafschleiden, sondern zittern vor dem Feind, der frei und offen sich der Welt zeigt und mildeanmütig von der goldenen, alles erdrückenden goldenen Internationale gegährt worden ist.

Also freudig auf zur Wahl und Tod dem Freiwil, der das deutsche Volk unter die Knechtschaft seines übermächtigen Kapitals gebracht hat. Schwärmer bei Döslig i. Pomm., 17. Juni 1908. C. v. Bomin. Derartige Aufschriften sind uns noch mehrere zugegangen, bemerkt Herr Döslig schmerzhaft; trotzdem bleibt er davon überzeugt, daß alle im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zuhalten müssen. Ihn selbst freudig kann sein Zusammenhalt mehr vor dem Durchfall retten.

**Das Zentrum und die Stichwahlen.** Die Germania schreibt: Für die Zentrumswähler muß selbstverständlich überall und unter allen Umständen die Parole gelten, daß es durchaus unzulässig ist, eine Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten selbst bei der Stichwahl abzugeben. Weisen Partei der Gegenpartei sein mag, und was auch immer gegen seine Persönlichkeit einzuwenden sei; nichts kann einen Zentrumswähler bestimmen, auch nur eine Stimme für den sozialdemokratischen abzugeben und sich so positiv an der Wahl eines solchen zu beteiligen.

**In den Stichwahlen in Baurtenberg.** Der Landesauschuss der württembergischen Volkspartei hat bezüglich der Abstimmung in denjenigen Wahlkreisen, in welchen ihre Angehörigen zu entscheiden haben, beabsichtigt: Angehörige der vom Bauernbund in das Land getragenen Untereinheit zwischen dem Bauern- und dem Gewerbestand und angehörig der reaktionären Gefühle des preussischen Junkertums empfiehlt der Landesauschuss den Parteigenossen in sämtlichen Wahlkreisen, in welchen der Bauernbund zur Stichwahl steht, entschieden gegen den Bauernbund einzutreten. In den übrigen Wahlkreisen empfiehlt der Landesauschuss den Organisationen der betreffenden Wahlkreise die Abstimmung den völkervertreitenden Wählern freizugeben.

**In den Stichwahlen in Bayern.** In München erschien ein Aufruf der nationalliberalen Parteiführer an die Parteigenossen, in welchem dieselben aufgefordert werden, für den Freiwiligen Vorzug einzutreten. Es wird darin gesagt, daß dies den Parteigenossen um so leichter fallen dürfte, als die Freiwiligen sich verpflichtet hätten, in allen bayrischen Wahlkreisen, wo die Nationalliberalen mit dem Zentrum oder der Sozialdemokratie in Stichwahl kommen, für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten.

### Tagesgeschichte.

Salle, 28. Juni.

#### Hyantinische Gesandtschaftsverrichtungen.

Unser Daunburger Parteiblatt bringt eine ausführliche Schilderung über die Art und Weise, mit welcher das hyantinische Hamburger Projektum eine Viertelstunde für einen Tag staatsrechtlich verpöblicht hat. Das Daunburger Echo schreibt: ... Vor der Nordfront des neuen Dammtorbahnhofs erhebt sich in der Mitte des großen Platzes ein merkwürdiges, bald angelegentliches Bauwerk aus Brettern, aus welchem nach allen Seiten Flaggenslangen in die Luft ragen. Auf und rechts davon stehen hohe Masten, ebenfalls mit schräg stehenden Flaggenslangen „verzerrt“, der merkwürdige Apparat steht aus wie das Skelett eines riesigen Meeresgiganten, den der Sturm umherwirbelt und des Tandes beraubt hat. Der Nordostwind weht hier am besten, aber der Neuen Jungferntisch weht; zwischen den Schönen, die belaubten Jungferntisch stehen sicher auf einmal Tannen, und wie sind die armen Bäume verdrängt! Bis auf den Wigel sind sie der Meise beraubt und lang und fast ragen sie hoch über die Linden empor. ... Der Rathausmarkt — nun, je weniger man darüber sagt, desto besser. Aber wissen möchten wir, welches Tagesereignis denn eigentlich auf die Idee verfallen ist, die architektonisch so schöne Front des Rathauses durch den Vorbau des sicher zur „Berühmtheit“ werdenden 25 000 Mark-Gelbes aus Holz nebst Fortsetzung durch Holzgerüste teilweise zu verdecken! Wenn nun doch einmal die Feier stattfinden mußte, so wäre vom Rathaus aus das Bronzeplafond mit Jubelohr auch zu sehen gewesen. Aber es scheint, daß in unserer Neubauzeit das Echte und Schöne, wie z. B. der Rathausbau, durch grell bunte Interieurs verdeckt werden muß. „Marmorpalatzen“ aus Holz und sonstige „Anfänger“ passen nicht zum hölzernen Zeit, das einen Mittelpunkt bilden muß. Das ist natürlich, das gleiche die Bauart der dieser letzten Anlage ist, sei heftig erwünscht. Es gehört sich auch für Hamburg! Natürlich ist das eigentliche Defizit noch verhilft. Auch die Nebensachen sind verhilft; nur einige große Bronzeerlebe sieht man, metallene Kopien von Bildern aus der Wode, mit viel Glänzen, viel Helmen, viel Säbeln. Durch die groteske Idee, als Gierde der Maßstabschiffe zu verwenden, ist etwas Gemeintliches zu hande gekommen, die Wert, die mit vollen Segeln in einen Hüllendersee hineinrentert. Als gelbe Hüllendersee erziehen nämlich die plattgedrückten Kugeln, die als Flaggenschnopf dienen. Das Mänotiv ist übrigens auch anderwärts verwendet; am Möbingsmarkt zum Beispiel sieht man roten Gidamer. Ob die Schiffe auf den Maßstabschiffen etwa andern sollen, daß Deutschlands Zukunft in der Luft schwebt? Der Völkervertreiter behauptet, am „Festtag“ werde der Rathausmarkt mit Emphyretopien belegt, damit man das Klappern nicht höre, wenn Senatus das Geld aus dem Fenster werfe ... Auf dem Möbingsmarkt erhebt sich ein mächtiger Triumphbogen, der einen weissen, nicht einen schwarzen Stimmzug futter trägt, aber den Wähler festhalten sieht und Boden, offenbar eine symbolische Andeutung der gewaltigen Durchfalls der „Arbeitspartei“ am 18. Juni. In der Brooksbrücke stehen die beiden Sandsteinfiguren der Hammona und der Germania; behäus Jümmation hat man an den Sockeln Zeichen von Leuchtschiffen angebracht, und damit hätte man es genug sein lassen sollen. Aber man wollte durch Meisterten das Licht auf die Figuren selbst werfen und kam auf den schmerzigen Einfall, an je drei eise meterlangen, vom Sockel quer abstehenden Eisenstäben metallene Kugeln anzubringen, die eine verzeihliche Ähnlichkeit mit Bucherbeden oder Spundnäpfen haben. Da die beiden Damen das Klappern nicht nötig haben, so wird man die Dinger als Spundnäpfe betrachten müssen, so aufgestellt, daß die Germania wie die Hammona sich in jeder Stellung ihrer bedienen können, wenn sie das Bedürfnis anwandelt, ihrer Meinung über den Hyantinismus und verwandte Jüge des „kleinen Bürgerturns“ Ausdruck zu geben ... In dem großen neuen Bahnhofs, das am Sonnabend eröffnet werden soll, ist ein Ding, das mit Recht als die tollste Verhöhnung jedes gesundem Geschmackes bezeichnet werden kann. In der Mitte des Bahnhofs ist eine Holzgruppe, sogen. Die d'Alben. Daran ist mit einem Bretterdecken ein riesiger

Oberdenkern von Weisblech, etwa 2-3 Meter im Durchmesser, befestigt, und darauf mit einer riesigen, hölzernen Kaiserkrone. Wer das Ding erblickt, der verdient einen Orden, aber nicht von Weisblech! Das geht noch über die „Münze“ mit ihren Kanonen aus Holz und Würfeln aus englischen Tapirfäden! Ein Schiff, das auf dem Lande schwimmt, ist ein seltsames Dekorationsstück. Aber ein Oberdenkern aus Weisblech, der festrecht auf dem Wasser steht und auch noch eine enorme Krone trägt das hört schon allezeit auf. Schier würdig dieser „Krone“ sind die Flaggenschnäpfe auf dem Reis, die abwechselnd aus einem riesigen hölzernen Anker herabwachen oder in halber Höhe einen hölzernen Vorberanz tragen — wozu noch eine „Arbition“ kommt, welche an die Ketten erinnert, an welchen die Portemonnoies, Hosenräger usw. hängen, die geschickte Jungen von den bei Volkstesten libellen Kletterkletter herabsteigen. — Bemerkung: Den Anker des Fisches ganz außer acht gelassen, von der Verwendung abgesehen — etwas so schreiend Johrmartinsches, etwas so grell Geschmicktes, wie dies „Festblech Hammonas“, hat es wohl noch nicht gegeben. Und ist es nur led um die vielen Tannen und Blumen, die zwischen Holz, Papp und Leinwand verdoeren. Nicht einmal Fittler richtig verwenden kann der Hyantinismus.

#### Wer ist der Schuldige?

In der Bezeichnung der Wohnloshausforderung der Kasse des Postbüros an ihre Beamten haben wir darauf hingewiesen, wie traurig die Lage mancher Unterbeamten der Post ist, und wie das Geld mancher braven Beamten auf Abwege drängt. Ein neues Beispiel von diesem Elend wird aus Potsdam gemeldet: Vor dem Potsdamer Schwurgericht hatte sich der Landbriefträger Wilhelm Buttlig aus Nienmegg wegen Verdoerens im Amte zu verantworten. Er war im Jahre 1889 in seiner Heimat Tegel bei Berlin in den Postdienst getreten, und besog nach 18jähriger Dienzeit einleucht. Wohnungsgeldzufluss ein Gehalt von ca. 80 Mark pro Monat. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Im April dieses Jahres erkrankte infolge ihrer Einwirkung seine Frau, auch ein Kind wurde krank und Buttlig geriet in Geldverlegenheit. Er reichte eine Unterstützungsgeld ein; da er gewürdigt glaubte, daß es genehmigt werden würde, unterließ er von dem Betrag von 9 Mark 50 Pfennig, die er von dem Gemeinde-Vorsteher Steinhilfs in Potsdam zur Entloshung auf eine Hofanweisung erhalten hatte, 1 Mark 50 Pfennig und schickte die Hofanweisung vorläufig nicht ab. Er hoffte, daß er durch die Unterstellung die Summe wieder decken könnte. Durch eine Nachfrage des Steinhilfs nach dem Güterverkehrsamt wurde die Strafart bekannt; Buttlig ließ sich 1 Mark 50 Pfennig und schickte das Geld ab, so daß der Betrag nicht geschädigt ist. Als man seine Wohnung durchsuchte, fand man einen Brief, den er nicht rechtzeitig befehlt hatte, und zwei alte Zeitungen, die er sich vom Postamt als Naturalur mitgenommen hatte. Wegen dieser beiden Fälle erwiderten die Geschworenen keine strafbare Handlung für vorliegend; bezüglich der Unterloshung im Amte billigten sie Buttlig mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate, das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis.

#### Soziale „Reform“ in Preußen-Deutschland.

Das neue Reichsarbeitersblatt veröffentlicht in seiner letzten erschienenen Nr. 3 drei Erlasse, die sich mit den Gesundheitsverhältnissen in gewerblichen Betrieben befassen, je einen preussischen über die Gesundheitsverhältnisse in den Polierwerkstätten und die Arbeiterämter in den Fleischerereien, sowie einen bayerischen über den Zustand der gewerblichen Kfzden. Alle drei Erlasse stimmen darin überein, daß man zur Besserung der Verhältnisse in den betreffenden Betrieben gar keine besonderen Vorschriften braucht; es genügt vollständig, auf die Durchführung der Bestimmungen des § 120 der Gewerbeordnung zu achten. Der lange Wähler, der den ersten Erlaß gezeichnet, stellt zwar nicht in Abrede, daß bei den Mängelvolleren schwere Erkrankungen der Augen u. s. w. zu konstatieren seien, meint aber, es sei nicht bewiesen, daß diese Erkrankungen auf die Berufsarbeiten allein zurückzuführen seien. Erlasse kommen auch häufig vor, vermutlich aber nur bei solchen Leuten, die eine weiche empfindliche Haut haben und es an der nötigen Sauberkeit fehlen lassen (!!). Der zweite Erlaß, von Reubaus gezeichnet, geht noch weiter und gibt zu, daß in den meisten der untersuchten Fleischerereien „erhebliche Mängel“ zu konstatieren waren, und auch der dritte bayerische Erlaß spricht von „mehr oder weniger erheblichen Mängeln“, ungenügenden Luftströmen, unzureichenden Lüftungen und nachteiligen Einflüssen auf die Gesundheit der Arbeiter. Alle drei meinen aber, es würde genügen, die unteren Polizeibehörden „mit den nötigen Verfügungen“ zu versehen. Der Schlußsatz ist und bleibt also die Seite der Sozialreform Preußen-Deutschlands. Es steht auch da nach aus. Und da wollen bürgerliche Parteien wieder für die

Wladimir war gelendet von dem Jauber, der von seiner Begleiterin ausging. Von unsichtbaren, mächtigen Genossen fühlte er sich zu ihr hingezogen. Alle seine Begleiter, die sein Gemüt bedrückte, verließen wie der Nebel vor den mächtigen Strahlen der Wärme, Luft und Leben verbreitenden Sonne. Seine Sinne waren gefangen von dem lieblichen, halb sinnlichen Geplauder Wera, die ihm in der unbefangenen Weise ihre bisherigen Lebensschicksale erzählte. Zum Schluß unterließ sie auch nicht, ihm die ausgebreitete Freundschaft des alternden Fürsten Romanoff darzulegen, der sich sehr mehr und mehr Rechte über sie anmaßte, die es ihr möglich wäre, den lästigen und überhässlichen Mann abzuschütteln. Als sie genedte, sagte Wladimir in überhallendem Gefühl ihre Hand mit feurigem Druck. Und wäre es mein Vorgesetzter, der mächtige Fürst Alexander Romanoff — ich schwebe es Ihnen zu, daß niemand, wer es auch sei, Sie beleidigen oder Ihnen nur ein Haar trüben soll, sondern es mir vergönnt ist, Sie unter meinem Schutz nehmen zu dürfen. Ein dankbar liebesvoller Blick aus ihren jenenblenden Augen belebte ihn für seinen fremdbildigen Eifer. Wladimir tauchte in der Ferne ein Gefühl auf, welches Wera als das des Fürsten erkannte. Dieser selbst liebt den Wagn. Offenbar hielt er es für angemessen, in eigener Person die Sängerin nach der Stadt zurückzubringen. Das hatte nun Wera allerdings nicht vermutet, und sie bemühte sich nicht, ihren lebhaften Unwillen darüber zu verbergen. Fürst Romanoff maß den jungen Gardehauptmann, der lächelnd sein Kommando machte, von Kopf bis Fuß. Dann bemerkte er die Sängerin kurz und bestimmt, ihm zu folgen. Wera hat ihn, ihren Retter mit aufzunehmen. Aber der Fürst schüttelte verneinend den Kopf und befahl die Kutische getreulich an, umzuwenden und nach der Wohnung der Sängerin zu fahren. In den Augen Wladimirs glühte es wie Wetterleuchten. Ein Entschluß stieg plötzlich in ihm auf, ein früher Entschluß in Verwirklichung des Unmöglichen, daß der Fürst sein Vorgesetzter war.

Eben als der Kutische auf die Pferde einstieg, schwang er sich mit einem Satz auf den Wagen und legte sich fast zwischen die Gängelrin und den Führer, wobei er den letzteren mit einem leisen Anflug von Spott zulächelte. „Ergelien erlauben doch?“ Fürst Romanoff ariet, wie leicht voranzuziehen, über diese Ähnlichkeit in helle Empörung. Wütend rief er: „Stimme befehl er dem Kutischen anzuhalten. Aber Wladimir, der darauf schon vorbereitet schien, ließ bemerken, daß die Pferde aus der Hand und trieb die Pferde an, daß sie wie rasend davonkürten. Die Gängelrin brach dem fühlenden Manne verfallen die Hand. Der Fürst sah, daß er kein Wort kam während der ganzen Fahrt über jene Straße. Als die Karosse endlich vor der Wohnung der Wera herausgehoben. Er drückte sie hierbei fast an seine Brust und hat sie im Flüchtereise und die Gung, ihr an folgenden Tage einen Besuch abtaten zu dürfen, was mit freundschaftlichen Hoffnungen genährt wurde. In unangenehmem Übermut wollte Wladimir nun auch den Fürsten aus dem Wagen heben. Dieser richtete sich mit Händen und Füßen — umsonst! — Die starken Arme des Hauptmanns umgaben ihn mit Gewalt und legten ihn, wenn auch nicht so sanft wie Wera, auf den Strahmenden nieder. Dann empfahl ihm Wladimir schädeln mit militärischem Geize. Es war aber auch die höchste Zeit, denn schon schickte sich der nachkommende Fürst an, ihn verlassen und der nächstfolgenden Wache übergeben zu lassen. Die dem Schicksal entgegen Wladimir durch fluge Verwendung der durchdringenden lauten den Straßen. Als er sich in Sicherheit fühlte, mächtigte er seine Schritte und dachte über das eben erlebte Abenteuer nach. Er sich unermutet eine Eroberung gemacht, beflehen war er sich vollkommen klar, diese Eroberung freilich einem neuen Vergehen gegen den militärischen Geist erlaubt, dazu müßte sich eine dunkle Wolle die Erinnerung an den nächsten Vorfall in seinen Gedankenlag, so daß er aufgeregter und unruhiger in seiner Wohnung, die in der kleinen Moskalla (Schetras) lag, anlangte, als er dieselbe am Morgen verließ.

Seine Trümmereien, denen er sich hier ergab, wurden als bald durch kräftige Ernte und Sibirialen unterbrochen. Gleich darauf stand dem Lebertrahnen das Schicksal in Gestalt einer kaiserlichen Erdoanung gegenüber. Ein Schreiben aus dem Kabinett des Kaisers für den Hauptmann Wladimir Smolens, meldete der Eingetretene kurz und empfindlich. „Ist denn nicht Wladimir das verlegteste Schreiben.“ „Da haben wir's. Was kommen soll, kommt bald“, murmelte er dumpf. „Ich meine den Kaiser. Er ist wie das heimliche Zergewicht und hat seine Augen überall. Ich möchte, ich hätte die Macht auf hundert Millionen Zangenjähren gesetzt, als mich dem fälligen Gott Morpheus in die Arme geworfen! — Wie mag das Urteil lauten? — Werde ich verlegt werden oder mit einem gelinden Stubenarrest davontommen?“ Jägern und jagend hatte er die Siegel gelöst und das Schreiben entfaltete. Eine Tausendrubelnote war das erste, was ihm daraus entgegenfiel. Der freudige Schreck machte ihn einen Augenblick starr. „Was ist das? — So hätte er's mit seiner Unterdrift doch ehlich gemeint?“ Die Hände, welche den Briefbogen hielten, gerieten in zitternde Bewegung. Eine Thräne blinkte in seinen hellen Augen. Die wenigen Zeilen lauteten: „Mein lieber Hauptmann! Ich las hiermit mein Wort ein, das ich Ihnen in der Nacht schriftlich gegeben. Weiben Sie stets der treuen, tüchtigen Offizier, als der Sie mir von Ihren Vorgesetzten geliebt worden, und wie ich es von den Offizieren meiner Armee nicht anders erwarte. Aber wählen Sie künftig, wenn Sie schlafen wollen, Zeit und Ort. Weiter.“ „Was?“ „Was das möglich, was dort auf dem Papier stand? — Es mußte wohl sein, denn Wladimir kannte die Handchrift des Zaren nur zu gut. Aber vergeblich sann er darüber nach, welche Beweggründe denselben bei dieser ganz unerwarteten und von Nikolass dem Ersten unerbörten Milde geleitet haben könnten. (Fortsetzung folgt.)





# Sozialdemokratische Partei für Halle u. den Saalkreis.

Donnerstag den 25. Juni abends von 8 1/2 Uhr ab in den Lokalitäten des **Goldenen Hirschs**  
Obere Leipzigerstraße

## öffentl. Versammlung

Tagesordnung: 1. Was lehren uns die stattgefundenen Reichstagswahlen. 2. Verkündung der an diesem Tage stattgefundenen Stichwahlen zum Reichstag.  
Es sind mit den weißen Wahlfreisen dahingehende Vereinbarungen getroffen, daß wir rechtzeitig telegraphisch Mitteilung erhalten.

**Achtung! Bitterfeld. Achtung!**  
Mittwoch den 24. Juni abends 8 1/2 Uhr in Delzners Lokal  
**große Volksversammlung**  
Tagesordnung: Wie stellen sich die Wähler zu den Reichstagsstichwahlen?  
Referent: Genosse **Adolf Albrecht**, Halle.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Einberufer.

**Preussischer Hof, Zeitz.**  
Donnerstag den 25. Juni (Stichwahltag)  
**gr. Wahl-Konzert**  
von der Stadt-Kapelle.  
Verkündung der Stichwahl-Resultate.  
Anfang 8 Uhr. Entree pro Person 15 Pf.

**Goldener Hirsch**  
Mittwoch den 24. Juni nachmittags 3 1/2 Uhr  
**Garten-Konzert.**  
Abends 8 Uhr  
**Elite-Konzert. Walzer-Abend.**



Vom vereidigten Chemiker untersucht.  
Unter ärztlicher Kontrolle angefertigt.  
**Wer seine Kinder lieb hat, giebt ihnen**  
**Koch's**  
langjährig bewährten  
**Nährzwieback.**  
Karl Koch's Nährzwieback bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.  
Zu haben in sämtlichen Konsumvereinen.

**Freyberg's Brauerei**  
empfehlen  
Lager-Bier,  
Münchener Export-Bier — dunkel  
Export-Bier — hell,  
Pilsener Bier,  
Deutsches Porter-Bier à Fl. 20 Pfg.  
Kaus-Bier, in der heißen Jahreszeit à Fl. 6 Pfg.  
leichtes, erfrisch. Getränk  
Käufübren nimmt an  
R. Wehmann, Bernhardtstr. 9.

# Sunlight Seife

erzielt mit oder ohne Kochen die besten Erfolge.  
Befolgen Sie die Sunlight Waschmethode, Zeit und Arbeit erspart.

# Sozialdemokr. Partei Weißenfels.

Donnerstag den 25. Juni abends 8 Uhr in der Zentrallhalle  
**Wahl-Konzert.**  
Ansprache des Genossen Thiele. Verkündung von Wahl-Resultaten.  
Für rechtzeitigen Eingang ist Sorge getragen.

**Zoologischer Garten, Halle.**  
Erwachsene 50 Pf. Kinder 30 Pf.  
Mittwoch den 24. Juni abends 1/6 Uhr ab:  
**Grosses Konzert**  
(Schlagwerk 1 Pf. pro Person.)  
ausgeführt vom **Wiener Orchester** des Leipziger Zentral-Theaters unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Willy Wolf**.  
Ohne besonderes Entree  
**Letzter Tag der Walfisch-Ausstellung.**

Ich mache die geehrten Behörden und Herrschaften von Halle darauf aufmerksam, daß ich mit  
**Prof. Dr. Bruffs Fensterreinigungs- u. Polier-Apparat**  
à 1.50 hier eingetroffen bin und dieser Tage persönliche Besuche machen und denselben praktisch vorführen werde.  
Sodastehend  
**Franz Becker, L.-Zindenau**  
à 3. Restaurant „Erholung“, Martinsberg 6.

Das größte  
**Ein- und Verkaufsgeschäft**  
neuer und gebrauchter Möbel,  
Läden, Kontor- u. Restaurations-  
Einrichtungen von  
**Friedrich Peileke,**  
Geißestraße 25, Telefon 2450,  
empfiehlt sein stets großes Lager  
**ganzer Ausstattungen**  
sowie  
einzelner Möbel.  
Billigste Preise und rechte Bedienung.  
Transport frei Haus oder gut verpackt frei Bahnhof Halle.

Gute  
**Speisekartoffeln.**  
Gutkochende frische Heckenreine  
Magnum bonum und Silesia sind  
wieder eingetroffen bei  
**Oskar Heller, Zeitzweg 32,**  
Teleph. 2179.

Es muß noch viel  
bekannt werden, daß es **Wärmelichter** für wenig Geld eine wirklich gute Zigarre gibt.  
**Zurückgenommene Möbel,**  
keine Wirtshaft, billig zu verkaufen  
**Bernburgerstraße 23, Hof.**  
Kinderwagen billig zu verkaufen.  
**B. Zimmer, Dorfstr. 12, II.**

**Schieferstiger, Schultornister, Schulbücher, Federhalter, Bleistifte, Schiefertasten, Schiefertafeln, Federbüchsen**  
empfiehlt die  
**Volksbuchhandlung,**  
Geißestraße 21.

**C.F. Ritter**  
Halle S., Leipzigerstr. 90.

**Reisekörbe,**  
beste, sauber gearbeitete Ware.  
3,90, 4,50, 5,25, 7, 8, 10, 12,50 Mk.  
Dazu passende Eisenstangen 15 Pfg.  
Schlüssel 10 bis 45 Pfg.

**Handkoffer**  
braun Segeltuch mit Lederrocken  
4, 4,50, 5, 5,50 Mk.  
**Handkoffer** mit 7 Drellbezug  
3,50, 4,25, 5, 5,75, 6,50 Mk.  
**Faltenkoffer** von 7,50 bis 13,50 Mk.  
**H. Coupekkoffer** bis 40 Mk.

**Reisekoffer**  
aus Holz mit braungefärbtem Segeltuch überzogen  
10, 11, 13, 15, 17 Mk.

**Rucksäcke (Zwillig)**  
0,90, 1,70, 2, 2,70 Mk.  
**Rucksäcke** aus wasserdichtem Jagdleinen 1,50, 2, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50 Mk.  
**Gebirgs-Rucksäcke,** gefüllt, mit vielen Taschen, bis 9 Mk.  
**C.F. Ritter**  
Halle S., Leipzigerstr. 90.

**JASMATZI-CIGARETTEN**  
mit wertvollen Coupons  
in den Cigarren-Specialgeschäften erhältlich

Wir versenden kostenlos und portofrei an jedermann unseren illustrierten Katalog, der 160 verschiedene Gegenstände enthält, die wir gegen Coupons gratis und franco einlöschen  
**GEORG A. JASMATZI AKT. GES.**  
Spezial-Abteilung Dresden-R., Prager Strasse 6



## Zu den Stichwahlen.

Die von Herrn Richard Reuter in Naumburg herausgegebene Wählerzeitung nimmt in Nr. 8 Abschied von ihren Lesern und gibt dabei den Freisinnigen aller in Stichwahl befindlichen Kreise folgenden Rat:

Nach steht in dem Augenblicke, da diese Zeilen geschrieben werden, das Wahlergebnis nicht fest; aber es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Zahl der Stichwahlen abermals sehr groß sein wird. Für die freisinnige Partei sind namentlich diejenigen von besonderem Interesse und geben Anlaß zu besonderer Erwägung, bei denen einem sozialdemokratischen Kandidaten einer der übrigen Parteien gegenübersteht. In diesen wird wohl in allermeisten derartigen Fällen kein Zweifel darüber obwalten können, auf welchen der beiden Kandidaten sich die freisinnigen Stimmen zu vereinigen haben.

Die sozialdemokratische Partei ist von der freisinnigen in Bezug auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Anschauungen und Ziele durch eine ebenso abgrundtiefe Kluft getrennt, wie von andern sogenannten „bürgerlichen“ Parteien. Allein dieser Gegenatz, obwohl er sicherlich besteht, ist praktisch von keinem Belange; er ist sozialjagend nicht aktuell. Es ist kein Bedanke daran, daß diese sozialdemokratischen Ziele, in absehbarer Zeit — und nun gar während der nächsten Legislaturperiode! — auch nur erfüllt auf die Tagesordnung gestellt werden könnten.

Dagegen haben freisinnige Partei und Sozialdemokratie eine lange Reihe gemeinsamer Ziele, und zwar in den allgerundfähigsten und wichtigsten Punkten, auf dem Gebiete der unmittelbar praktischen Politik. Alle die Bestrebungen, die bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten des Volkes, des einzelnen sowohl wie namentlich der Volksobervertretung, zu erweitern, und wie man lieber hinzufügen muß, gegen die ihnen von Seiten der Reaktion drohenden Angriffe und Gefahren zu schützen, und den ersten Verfassungsverstößen und Rechtsbrüchen mit vollster Selbstbestimmung des Volkes aufzutreten, werden von der Sozialdemokratie mit brennendem und grundfähigster Eifer verfolgt. In allen diesen Punkten, um die sich der große politische Kampf im gegenwärtigen Augenblicke dreht und noch lange drehen wird in Bezug auf volles parlamentarisches Regieren — nicht nur, sondern auch Einmahnungsbewilligungsberechtigt, auf volle Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, auf Sicherung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts, auf Freiheit der Religion, der Kunst, der Wissenschaft und Jurisdiktion aller politischen und materiellen Velleitäten und Uebergriffe, auf freies Vereins- und Versammlungswortrecht, auf gerechte Einteilung der Wahlkreise, auf humane und viele reaktionäre Tendenzen von sich weisende Reform der Strafrechtsgesetze, auf gerechte Steuerberechtigung, Schonung der wirtschaftlich Schwachen und Schutz gegen Vertreibung der notwendigen Lebensmittel: in allen diesen Punkten und hundert anderen, der freisinnigen Partei kann man nicht an Herzen liegenden Dingen sind die Sozialdemokraten die natürlichen und treuesten Verbündeten der freisinnigen Partei. Was es sich daher in der Stichwahl um die Entscheidung zwischen einem Sozialdemokraten und einem Feinde dieser bedeutungsvollen Punkte des freisinnigen Programms handelt, da kann wohl nicht für einen klar und überzeugt freisinnig Denkenden sein Zweifel darüber stehen, welche Beweggründe den Ausschlag zu geben haben, ob die rein theoretische, praktisch absolut nicht ins Gewicht fallende „abgrundtiefe und unüberbrückbare“ Kluft in wirtschaftlichen Dingen oder die praktisch höchst bedeutungsvolle, brennend aktuelle Übereinstimmung in den wichtigsten grundfähigsten politischen Fragen.

## Zu den Stichwahlen im Reg.-Bez. Merseburg.

### Merseburg - Querfurt.

Kriegervereinsliches. Weil in den Kriegervereinen seine Politik getrieben wird, deshalb ist es nötig, bei der Stichwahl zwischen dem Vortragsreferenten und dem Gen. Mittag die Kameraden auf die Sitzungen des Kreis-Krieger-Vereins aufmerksam zu machen und den Sozialdemokraten ihre Stimme nicht zu geben. Damit die Kameraden die Sitzungen nicht aus dem Gedächtnis verlieren, ist ihnen folgende gedruckte Erinnerung zugegangen:

Nachdem das Ergebnis der am 16. d. M. erfolgten Reichstagswahl eine Stichwahl zwischen dem konserwativen Kandidaten General-Direktor Wundler und dem sozialdemokratischen Kandidaten Geschäftsführer Mittag erforderlich gemacht hat, weisen wir die Mitglieder der Kriegervereine darauf hin, daß nach den Satzungen der Kriegervereine die Pflicht zur Abgabe, Betätigung und Stärke der Liebe und Treue für Kaiser und Reich, Vaterland und Vaterland die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten unter allen Umständen auch in der Stichwahl verbietet und Ver-

stöße hergegen den rücksichtslosen Ausschlag aus den Kriegervereinen unter Verzicht aller Vermögens-, Unterstützungs- und Sterbefreiheitsansprüche bedingen. Wir legen voraus, daß derartige Vorgehen im Besitze des Kreis-Krieger-Vereins nicht erforderlich sein werden. Mit kameradschaftlichem Gruß! J. W.: Gehling.

Also mit dem Verzicht aller Vermögens-, Unterstützungs- und Sterbefreiheitsansprüche wird gedroht, sobald bekannt wird, daß ein solcher Vereinsthänger einen Sozialdemokraten seine Stimme gibt. Das ist eine Entehrung freien Willens, die sich der Arbeiter als Kriegervereinsmitglied selbst geschaffen haben. Es genügt ihnen nicht, zwei bis drei Jahre dem militärischen Drill im bunten Rock zu unterliegen, sie brauchen auch noch in Zivil einen Skarator über ihre freie Willensmeinung. Ein Volk, das mit seinen Freiheiten so leidenschaftlich verfährt, trägt dazu bei, sein Wahlrecht zu verächtlichen. Denn die Zukunft wird es lehren, ob es das jegige Wahlrecht bestehen lassen soll oder nicht. Sorgen die Kriegervereiner für eine reaktionäre Mehrheit im Reichstag, dann ist die erste Arbeit, die einzige Waffe des arbeitenden Volkes, das Wahlrecht, in jeder jegigen Form abzuschaffen. Dann steht das Proletariat gegen alle Hölle, alle direkte und indirekte Steuern machtlos da. Das jegige geheime Wahlrecht schützt ihn vor Gefahren, deshalb kann er seiner Ueberzeugung nach wohl nach dem Grundlag: Im Interesse meiner Nachkommenchaft wähle ich nur einen Vortragsreferenten einen Sozialdemokraten.

Schwendig. Auf zur Stichwahl. Die Genossen, welche gewillt sind, am Stichwahltag mitzugehen, werden erjucht, sich Mittwoch abend 8 Uhr in Willers Hof einzufinden. Pflicht aller Genossen, denen es irgend möglich ist, von ihrer Arbeit fernzubleiben, ist es, sich dem Wahllokale zur Verfügung zu stellen.

### Sangerhausen-Scharfberga.

Herr Pastor Köstliche sendet uns im Auftrage des Nationalen Wahlkomitees nachfolgende Erklärung:

Nationalsozialistische Erklärung zur Stichwahl. Wir können Herrn Scherre nicht mehr zu den staatsbehaltenden Politikern rechnen, weil er auf sofortige Kündigung der Handelsverträge drängt und damit Deutschlands Wirtschaftspolitik ruiniert, weil er ferner einer Partei angehört, deren Führer Freiherr v. Bethli, noch jüngst die Vereitigung des Reichstagswahlrechts als die wichtigste politische Aufgabe der Zukunft hingestellt hat.

Wir können ebenso wenig die Sozialdemokratie als staatsbehaltend anerkennen, weil sie den gegenwärtigen Staat, in dem und von dem wir alle leben, die notwendigen Grundlagen entzieht, wenn wir auch nicht erkennen, daß die Grundgesetze unzerstörbar Staatsverträge so fest stehen, daß die sozialdemokratische Gefahr zur Zeit viel weniger aktuell ist.

Wir sind indes nicht in der Lage einen Zwang auf unsere Wähler auszuüben, sondern überlassen ihnen die freie Entscheidung, wen sie für das kleinere Übel halten.

### Der nationalsozialistische Wahlauschub.

Diese Erklärung ist so schwächlich wie nur denkbar. Herrn Köstliche, der sich so unendlich viele getan hat mit seiner echten Arbeiterfreundlichkeit, ist es also gleichgültig, ob die Braumacher eine Stimme mehr im Reichstage erhalten oder nicht. So traurig, wie Herr Köstliche den ganzen Wahlkampf geführt hat, so traurig ist auch sein Abtritt. Er ist nicht warm und nicht kalt, nicht Freij und nicht Freij.

Offenlich erweisen die nationalsozialistischen Wähler mehr Mannesmut und Grundfähigkeit als ihr Komitee. Daß die nationalsozialistischen Führer so jämmerlich sich in den „nationalen Übeln“ aufhängen würden, wie es durch vorstehende Erklärung geschieht, hätte man trotz allem nicht erwarten sollen. Hat es bei Herrn Köstliche noch daran gefehlt, daß er sich um den letzten Rest von Sympathien bringt, so hat er durch seine Erklärung das sicherste Mittel angewendet, dieses Ziel zu erreichen. Die nationalsozialistischen Wähler werden wie die freisinnigen erkennen, daß sie geschloffen für Simon einzutreten haben, nicht um Simons willen, sondern um ihrer selbst willen.

Die treiben feste. In ihrer Todesangst treiben die Scherre-Leute vor der Stichwahl in zahlreichen Aufzügen mit der „sozialdemokratischen Gefahr“, und mit den „Blößen gegen Kaiser und Reich.“ Eine sozialdemokratische Gefahr besteht nur für die Volksobersteher und Vortragsreferenten. Und diese „Gefahr“ noch zu vergrößern, haben alle Mitglieder des werthätigen Volkes alle Veranlassung, damit ihnen nicht schließlich das Fell über die Ohren gegeben wird. Noch einfügiger ist die Verweisung auf die Kaisertraine.“ Die Konserwativen, welche Sozialdemokraten werden wollten, wenn die Regierung ihnen nicht die Budgeterträge bewilligte, haben keinen Anlaß, sich mit ihrer Kaisertraine zu brüsten. Im übrigen wird der Reichstag nicht gewählt, um dem Kaiser einen Gefallen zu erweisen, sondern um die Interessen des Volkes zu vertreten. Wenn's sein muß, hat sogar der Reichstag gegen den Kaiser und seine Regierung ganz entsetzliche Front zu machen.

### Delitzsch-Bitterfeld.

Wollen sich die liberalen Wähler verschaffen lassen! In den letzten Nummern der hiesigen Blätter befindet sich eine mit v. Hohenthal unterzeichnete Erklärung, in welcher der schon vor fünf Jahren einmal verurteilte Text wieder aufgewärmt wird, den Liberalen ein Landtagsmandat zu verbriefen. Das heißt doch den Liberalen eine Verantwortlichkeit jenseitig verlauschert abgefaßt, daß die Wähler auf Grund dieser verschommenen Ueberzeugung überhaupt nichts zu verlangen haben.

Es hieß die Intelligenz der Freisinnigen allzu niedrig einschätzen, wenn man ihnen annimmt würde, auf derartige faule Fische hereinzufallen und sich wieder wie vor fünf Jahren um die Brüste des Kuhhandels betrogen zu lassen. Die Kampfesweise der Konserwativen gegen die Liberalen ist gerade so schäbig gewesen, wie gegen uns. Die Liberalen mühten sich vor ihren Schatten schämen, wenn sie öffentlich für Bauermeister eintreten würden. Sie sind auch aufgebracht, daß sie trotz der starken Agitation, die sie einleitete haben, mit ihrer Stimmenzahl hinter der vor fünf Jahren zurückgeblieben sind. Sie schieben die Schuld den Konserwativen zu.

Die Stimmenzahl hat gezeigt, daß alle Parteien ihre Interessen herangezogen haben; die Wahlbeteiligung war 85 Pro. Die Idee der Liberalen, dem Bauermeister Stimmen abzunehmen, hat sich als trügerisch erwiesen. Sie glaubten durch Vereinigung der drei liberalen Richtungen mit uns in die Stichwahl zu kommen. Wie groß aber war die Enttäuschung, als das Resultat bekannt wurde. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Rechtsliberalen gleich für Bauermeister gestimmt haben. Das Kapital glaubt mit Recht, daß derselbe seine Interessen besser vertritt. Für den liberalen Kandidaten scheinen nur Kleinbürger und Bauern, Gäbler und Gaudnermeister gestimmt zu haben. Ist diese Ansicht richtig, so ist die beste Aussicht vorhanden, daß wir den Kreis erobern, denn der größte Teil der Kleinmeister wird Bauermeister nicht wählen. Aber auch die Arbeiterchaft muß ihre volle Schuldigkeit tun. Gerade die in Leipzig und überhaupt arbeitenden Genossen müssen wieder vollsählig zur Stelle sein. Dann werden wir siegen.

Die Vertrauensmänner für Bauermeister, die unter seinem Flugblatte standen, sind oftmals auf eine eigene Art und Weise zusammengekommen. Die Liberalen haben den Konserwativen vorgeworfen, sie hätten diese Unterschriften erpreßt. Das soll unwahr sein, sagen die Konserwativen; das glauben wir, so viel Arbeit hat man sich gar nicht erst gemacht. Man hat einfach die Geldschleute und Arbeiter gar nicht erst gefragt, ob sie ihren Namen für Bauermeister hergeben wollen. Das beweist auch nachfolgender Brief, der in der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins gelesen wurde:

An den Vorstand des sozialdemokratischen Verein zu Delitzsch.  
Bei der heute abend stattfindenden Versammlung obigen Vereins bitte ich einen wohlwollenden Vorstand, untenstehende Erklärung auf meinen Namen gest. abgeben zu wollen:  
Ich erkläre hiermit, daß mein Name in dem konserwativen Flugblatt, ohne mein Wissen“ eingestellt worden ist.  
Franke,

Mühlenbesitzer in Gerth bei Delitzsch.

In den Armen liegen sie sich beide. Herr Schirmer-Neuhaus, der alte Widerjager Bauermeisters, den er 1898 und auch diesmal am liebsten aus der Kandidatur verdrängt hätte tritt in einem „Aufzuge“ für Bauermeister ein und fordert alle „Landwirte, Handwerker, Gewerbetreibende und sonstige Angehörige des Mittelstandes“ auf, für Bauermeister zu stimmen, „damit der Sozialdemokrat nicht gewählt wird.“ (Wörtlich.)

Herr Schirmer ist kein schlechter Redner. Er möchte am liebsten das Brot mit einem Fejnmarkzoll besetzen. Da er das nicht durchsetzen konnte, nimmt er mit dem Schermer 1898 vorlieb, für den Herr Bauermeister ihn garantiert. Für wie einfältig halten doch diese agrarischen Vimmerleute die Handwerkermeister und Geldschleute, daß sie meinen, sie könnten dieselben durch das Schwenken mit dem roten Kopfen für einen Schermerzöllner einfangen. Herr Schirmer scheint über das Renommee seines Namens ganz im unklaren zu sein. Wenn sein Name unter einem Aufzuge steht, wirkt derselbe von vornherein abschreckend, also etwa ebenso, als wenn im hiesigen Kreise der Name Suchsland oder im Weissenfelser Kreise der Name Jskrau unter einem Aufzuge steht.

Selbst die „freie Liebe“ muß jetzt herhalten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. In einer anonymen Bolemit gegen die Wahl Weidmanns und unser Stichwahl-Flugblatt schreibt die in Angst getriebene Ordnungsbücher, wenn alle 122 zu Stichwahl stehenden Sozialdemokraten gewählt würden, dann sei der Umkreis sicher und das Vaterland in großer Gefahr. Dann würden Thron und Reich umgehürt, Kirche und Religion

Unser diesjähriger grosser

# Räumungs-Ausverkauf

zu aussergewöhnlich billigen Preisen

beginnt Freitag den 26. Juni.

# Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/23, Haltestelle der Strassenbahn.

abgeschafft, auch die Ehe befreit und dafür die freie Liebe eingeführt werden. — Nicht so laut, Herr Herrn Drömming, nicht so laut! — Wollte das Volkstheil alle die streng konservativen Menschen anfassen, die der freien Liebe bereits jetzt im weitesten Maße haudigen und auf die Sozialdemokraten wie die Maripopen schimpfen, dann käme eine sehr artige Note zustande. Also nicht so laut: Wo die Anhänger der freien Liebe liegen, ist jedem bekannt. Bei der Sozialdemokratie liegen sie nicht.

### Torgau-Liebenwerda.

Der Herr „von“! Auf einmal ist der Rechtsanwalt Weidlich, dessen Freunde ihm nach seinem Gute gern den Adelstitel „von“ Vindehofen beilegen, erkannt, daß er der wahre Freund des Mittelstandes ist. Ein reaktionärer Rechtsanwalt als Freund des Mittelstandes? Das ist an sich schon ein Waden. Herr Weidlich, sammt daß noch in den Beweis erbracht, daß er für die Interessen des Mittelstandes eintritt. Mit größter Seelenruhe streicht er vielmehr auch von dem bedrängtesten Handwerkermeister und Weidlichstücken einen Koffen ein. Im Reichstage liegen wahrlich schon genug Juristen, alles in allem sind es an 150 (einhundert und fünfzig). Diese noch durch einen Reaktionär wie Weidlich zu vermehren, dazu liegt sichererdingens kein Anlaß vor.

### Vierzehnte Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter in Zwickau.

Der Verbandstag ist von 90 Delegierten besucht. Der Vorstand ist durch drei Beronen, die Kontrollkommission durch zwei vertreten; außerdem nimmt ein Vertreter des neu gegründeten zwickauer Bergarbeiterverbandes an den Beratungen teil.

Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Vorstandes für 1902 entnehmen wir folgendes: Die Geschäftslage hat in der ersten Hälfte des Jahres 1902 ihren Höhepunkt erreicht. Wohl liegt die deutsche Eisenproduktion in geradem Maße; aber der inländische Verbrauch ist zurückgegangen, da 50 Bergwerke im Auslande im Bau sind. Da die Bergwerksindustrie vornehmlich auf den Kohlen-, Hohe- und Erzbergbau der Eisen- und Stahlindustrie angewiesen ist, so mußte auf sie die Verschlechterung der allgemeinen Lage einwirken. Das heimische wirtschaftliche Wohlbefinden lag bei 23,7 Proz. (Vorjahr bei 27,7 Proz. Januar), weniger färdern. Nur in Schienen- und Casten fanden milder umfängliche Einschränkungen statt. Im ganzen Reich ging die Eisenlohnförderung von 109,2 Mill. Tonnen (1900) auf 108,5 Mill. (1901) und 107,4 Mill. (1902), die Braunkohlenförderung von 44,7 Mill. (1901) auf 43,4 Mill. Tonnen (1902) zurück. Die Kohlenproduktion hat sich um ein Geringes gehoben, von 9,1 Mill. (1901) auf 9,2 Mill. Tonnen (1902), während die Braunkohlenproduktion im gleichen Zeitraum von 9,25 auf 9,21 Mill. Tonnen sank. Ebenfalls erlief der Bergbau auf Eisenerze sowie auf Salze aller Art einen Rückgang.

Für die Bergarbeiter tritt der Niedergang in Erscheinung durch erhebliche Arbeiterentlohnungen, Preisrückgängen und Herabsetzung der Arbeitslöhne. Als die Löhne der Kohlenpreise stiegen, mehrte sich auf den Bergbau die allgemeine Verschlechterung der Arbeitslöhne hin. Aber die Arbeitslöhne sind nicht so gestiegen, sondern zurückgegangen, während die Verkaufspreise rüchig stiegen. Den Beweis dafür liefert u. a. der Geschäftsbericht der Bochumer Bergwerks-A.G., worin es heißt:

Wenn unter den für das abgelaufene Jahr wesentlich ungünstigeren Verhältnissen, gestiegen dem Vorjahre, der Ueber- schuß nach einer Steigerung von Mt. 18149 aufweist, so ist dieses Resultat allein auf eine Ermäßigung der Selbstkosten zurückzuführen, wozu sowohl eine bessere Arbeitsleistung wie auch eine Ermäßigung der Löhne und der Materialien beigetragen haben.

Ganz unerschütterlich wird hier zugegeben, daß den Bergleuten der Lohn gekürzt wurde, um die Ueberlöhne zu steigern! Grundsätzlich des Arbeiterlöhnes sind fortwährend nicht eingetretten, obwohl die Unfallziffer fortwährend steigt (1900 6894; 1901 7683; 1902 8143 entzündliche Unfälle oder pro 1000 Bergleute: 1900 12,20; 1901 13,06; 1902 13,55). Berechnend ist, daß die Unfälle gerade in den Bergwerken, gestiegen dem Vorjahre, der Ueber- schuß nach einer Steigerung von Mt. 18149 aufweist, so ist dieses Resultat allein auf eine Ermäßigung der Selbstkosten zurückzuführen, wozu sowohl eine bessere Arbeitsleistung wie auch eine Ermäßigung der Löhne und der Materialien beigetragen haben.

Die Ermittlung des Verstandes ist eine unermesset günstige. Die Mitgliederzahl liegt von 38042 auf 42778 und beträgt jetzt mehr als 50000, die Auflage der Zeitung von 40000 auf 56000, und eben ist sogar die Auflage von 80000 überstritten. Auch die Verbandsfaktoren haben sich stark vermehrt (von 291 auf 322). Auch der Rollen-Wachstum vor verhältnismäßig günstig. Die Gesamt- einnahme betrug 429.232 Mt. 1901, 428.237 Mt. 1902, während das Verbandsvermögen 1901 286.752 Mt. 1902 286.752 Mt. Unter den einzelnen Ausgaben seien besonders erwähnt: für Ortsverwaltung und Botenlohn 64.448,46 Mt.; für Agitation 9045,00 Mt.; für Streikgeld 21.865,10 Mt.; für Vermögensverwaltung 14.819,94 Mt.; für den Zweck der Verbands- 11.515,63 Mt.; Mitgliedschaft 14.816,88 Mt.; Generalversammlung, Kongresse, Konferenzen 8032,20 Mt.; Redaktion, Mitarbeiter 4088,90 Mt.; Expedition 10.752,11 Mt.; Druckerei 51.782,82 Mt.; Generalkommission 4445,60 Mt.; Hauptverwaltung 9718,41 Mt.

An drei vier war der Verband im Berichtsjahre nicht beteiligt, auch fand nur eine Ausprägung im Sonntagsstreik statt. Die amtliche Streikstatistik verzeichnet nur einige Streiks im Bergbau, an denen organisierte Bergarbeiter nicht teilnahmen. Die Organisation bewährt sich darin, die Arbeiter von unüberlegten, ausländischen Streiks zurückzuhalten.

Dagegen waren die Mitglieder in zahlreichen Fällen in Fragestellungen ausgebeugt, die nach den erfolgreichen Gewerkschaften in Anknüpfung an die Gewerkschaften zeigten sich die Mache des herrschenden Oligarchenkapitals.

Im allgemeinen bedeutet der Aufschwung des Verbandes einen schönen Sieg der jahrelangen überwindlichen Widerstandskämpfe der Mitglieder. Die Vorstandsberichte sind mündlich ergänzt. Nach längerer Debatte wird der Vorstand beauftragt, Vertragskürze einzurufen, ferner im Saarrevier eine Agitations- kraft zu befehlen; ferner wird ihm anbefohlen, im Braunkohlerevier wie im Eisenerzrevier ein Rechtschutzbüro zu errichten. Das Rechtschutzbüro in Dortmund soll auch in Garmen Rechtschutzbüro errichten. Mit 17 Stimmen wurde beschlossen, den bestehenden Verbandsbeamten die Hälfte des Beitrags zur Unterhaltungsvereinigung der Gewerkschaftsbeamten aus der Verbandskasse zu zahlen. Auch sind die Verbandsbeamten gegen Anwaltschaft zu verweigern; die Hälfte des Beitrags zahlen der Verbandskasse. Es folgt ein Heft über die Massenbewegung und, bei welcher der hiesiger Kaiserlicher Meyer mittelst, daß es aus den Verbandsbeamten, die Hälfte des Beitrags zu zahlen muß; er wird mit anderen Aufgaben im Verbandsbüro beauftragt werden.

In der vorjährigen Generalversammlung war den Zahlstellen aufgegeben worden, sich den Gewerkschaftsstellen an- zuschließen; die Hauptstelle übernimmt die Führung der Kartell- beiträge bis zum Ende des 10. Quartals. In dem 10. Quartal. Anlaß zahlreicher Klagen darüber, daß die Gewerkschafts- stellen den Bergarbeitern für ihre Beiträge kein Äquivalent bieten, da sie die Bergarbeiter bei ihren besonderen Berufs- und Rechtsverhältnissen nicht genügend fördern, beschloß die

Generalversammlung, das Verhältnis zu den Kartellen regelnde Resolution:

„Schließen, welche nicht weiter als eine Stunde vom Siege der Gewerkschaftsstellen entfernt liegen, können sich dem betreffenden Kartell anschließen. Da die Bergarbeiter bei den Gewerkschaften, Ortsvereinen, Ortsvereinen nicht beteiligt sind, soll der Verbandsvorstand die Kartellbeiträge nur in Höhe von  $\frac{1}{2}$  der von anderen Berufen gezahlten Beiträge bewilligen. Kartellbeiträge sollen in der Regel 10 Pf. pro Quartal nicht übersteigen. Das Vorkaufsrecht im Kartell sollen unsere Mitglieder entsprechend ihrer Kopfzahl und ihrer Beitragshöhe verlangen.“

Sodann wurde einem Grundstücksankauf seitens des Vorstandes nachträglich zugestimmt und der letztere beauftragt, auf dieses Grundstück eine Druckerei und Wohnungsgebäude zu errichten.

Darnach wird dem Vorstand Decharge erteilt.

Ueber die Brezje wird ebenfalls ein kurzes scharfge- richtetes Heftat von Kus gegeben. Am Schluß seiner Ausführungen weist der Referent in Bezug auf einen durch den Bezirk (Eisen) veranfaßten Schmeißerfall gegen ihn und die Verbandsleitung hin: Er überläßt das Urteil dem Verbands- tag, bemerkend, daß, wenn die Majorität des Bezirk den Tat- sachen entsprechen würde, Redaktion und Verbandsvorstand zum Teil geigt zu werden verdienen.

In der Angelegenheit mit dem Kartell beschließen: Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den persönlichen An- griffen des Bezirk (Eisen), Nr. 167, 1902, gegen unseren Redakteur Kus! Sie weist dieselben mit Entschiedenheit zurück und یرicht dem Redakteur Kus ihr volles Vertrauen aus. In der Verbandszeitung darf jedoch der persönliche Streit nicht weitergeführt werden.

Es folgt die Statutenberatung, deren wichtigste Vorschläge die Einführung von Arbeitslosenunterstützung, sowie Er- weiterung des bisherigen Unterhaltungswehens bilden. Ein Antrag des Vorstandes will anfangs eines Monatsbeitrages von 70 Pf. einen Wochenbeitrag von 20 Pf. legen und dafür eine Arbeitslosenunterstützung von 0,80 bis 1,20 Mt. pro Tag (je nach 1 bis 5jähriger Mitgliedschaft) gewähren. Die zur Vorbereitung der Statutenänderung eingesetzte Kommission schlägt einen Wochenbeitrag von 25 Pf. vor, wofür eine Arbeits- losenunterstützung von 1–1,50 Mt. gewährt, das Streikgeld von 40 auf 80 Mt. erhöht und eine Unterstützung für außer- ordentliche Vorfälle eingeführt werden soll. Der bisherige Streikbeitrag sollte dann in Bezahl kommen. Nach längerer Debatte werden in namentlicher Abstimmung, bei der nach der Geschäftsordnung eine  $\frac{2}{3}$  Mehrheit entscheiden muß, sowohl die Vorlage der Kommission, als auch die des Vorstandes abgelehnt. Für erstere werden 50 von 92, für letztere 23 von 90 Stimmen abgegeben. Darnach tritt eine erste Geschäftsordnungsdebatte ein, in der auf den Widerspruch zwischen dem Statut, und der Geschäftsordnung ponach einfache Mehrheit entscheiden, hin- gewiesen wird. Es wird beschlossen, beide Abstimmungen zu annullieren und den vorherigen Zustand herzustellen; dann wird die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit einem Wochen- beitrags von 20 Pf. mit 41 gegen 51 Stimmen beschlossen.

Die Arbeitslosenunterstützung soll nach mindestens 52 wöchiger Mitgliedschaft im Beitragsstatum im Falle unverschuldeter Arbeitslosigkeit vom Beginn der 3. Woche ab auf die Dauer bis höchstens 8 Wochen nach folgenden Sätzen gewährt werden:

Dauer der Mitgliedschaft	pro Tag	pro Woche	pro bis zur Höhe von
bei 52 Wochen	0.80	4.80	38.40
156	1.20	7.20	57.60
250	1.20	7.20	57.60

Anmalde, die nur die Hälfte des ordentlichen Beitrags zahlen, erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. An den übrigen Unterhaltungsleistungen wird nichts geändert. Von den eingehenden Beiträgen erhalten die Zahlstellen 17% für örtliche Verwaltungsausgaben, Bezahlung und den Heimgab- kosten. Den jeigen, Streikgeld erhalten sie 10 Pf. Für außer- ordentliche Agitationsausgaben gewährt der Hauptvorstand Zuschüsse.

Ferner wird noch beschlossen, daß für die Gehaltsfestsetzungen für die Verbandsangehörigen die vom Statutarer Gewerkschafts- kongress empfohlenen Normen gelten sollen.

Dem Vorstände dürfen in Zukunft unter dem ersten Schrift- führer und dem ersten stellvertretenden Schriftführer, der Schrift- führer, seine weiteren zum Verband beidenden Angehörigen an- gehören.

Das geänderte Statut wird in der Gesamtabstimmung an- genommen.

Der Schluß der Vorträge bildet ein solcher über das Sanitäts- wesen in der Montanindustrie, der hinsichtlich der Bedeutung der drohenden Bummfrankheitsgefahr gemindert ist. Eine Er- gebung durch den Verbandsvorstand ergab, daß auf 27 Gebiete die bezüglichen bergpolizeilichen Vorschriften nicht befolgt werden. Die Folge ist die ungelagerte Verbreitung der Seuche, die allein im Jahre über 20000 Bergleute erkrankt hat. Nach reger Debatte wurde einstimmig beschlossen, daß ein Verbandsrat aus einer Verordnung angenommen, die folgende Vorschriften ent- hält:

1. Schleunigste und sorgfältig durchgeführte Unternehmung zu- nächst aller Arbeiter in sämtlichen Kohlengruben des Reiches, dann der anderen Grubenarbeiter, um den wirksamen Umfang der Seuche zu ermitteln. Aufzeichnung aller erkrankten Ar- beiter aus dem unterirdischen Bereich, über die Berichtszeit, über Lage, ferner ihre Erkrankungen, das Arbeiten überhaupt, noch zu- läßt. Energetische Vorkehrungen gegen die Weiterverbreitung der Seuche innerhalb der Reviere und Abberaumregeln gegen über den vertriehten ausländischen Grubenarbeitern.
2. Einrichtung geeigneter Vorrichtungen für ausgehürten Mannschaften und umhergehende Arbeiter.
3. Aufstellung von unbedrucklichen, transportablen, stets be- zugsfähigen Abwehrmitteln in ausreichender Zahl; ihre Enttierung ist von eigens anzustellenden Wärttern gewissenhaft zu bewerk- stelligen.
4. Gründliche Desinfektion der Gruben, in denen Bummfrank- erkrankt ist.
5. Verhütung von gutem Trinktasser für die unterirdische Belegschaft. Strenges Verbot des Trinkens aus der Ver- riefung.
6. Wo getrieft werden muß, darf dies unter keinen Um- ständen mit Zumbillatort gechehen.
7. Der Bummfrankheit in Bezug auf die Befähigung als seine Auf- gabe zu betrachten; die bisherigen werksmäßigen Befähigern der Bummfrankheit ist das Sandwerk zu legen.
8. Alle infolge der Seuchenbefähigung entziehenden, nicht aus- zuerlegen (eventuell in Form einer speziellen Umlage). Unter keinen Umständen ist noch weiter als ein halbes Jahr be- fähigt für die Kostendeckung zu entnehmen. Die Werksbetreuen haben durch ihre gemeinverständliche Praxis das Unheil so- rieflich anzuwenden lassen, daher ist es ein järendes Unrecht, die vertriehten Arbeiter auch noch in ihrem Familienvermögen zu schädigen.

Ferner werden erneut die sozialpolitischen Forderungen der deutschen Bergarbeiter in Bezug auf die Einführung des Streik- verbots bei Temperaturen über 28° R. festzulebende Schicht, Verbot der Arbeit von Kindern unter 18 Jahren unter Tag, Verbot jeder Frauenarbeit, Anstellung von Disziplininspektoren aus dem Reihen der Arbeiter, sanitäre Einrichtungen auf den Werken und Reform des Anknüpfungswesens aufgestellt.

In einer weiteren Resolution wird gegen das Anknüpfen der Bergarbeiter in wassereisen, die Einführung des Streikverbots, die Einführung von Bummfrankheit der Arbeiter aufzugeben, und der Verbandsvorstand beauftragt, dagegen bei den Oberberg- ämtern die nötigen Schritte zu tun. Ferner wird verlangt, daß den Bummfranken Bergleuten in den Tagen ihrer Krankheit der volle Lohn als Krankengeld gezahlt werden soll.

Bei der Vorstandswahl werden als Vorkrisende S. Sacke und B. Schröder wiedergewählt. Zu Ratikreren wurden B. Gorn und F. Fuitemann, zu Schriftführern S. Meyer und Birmbrühl, zu Beauftragten D. Quo und H. Weidmann gewählt. Die nächstjährige Generalversammlung findet in Stadthagen (Wippe) statt.

### Lokales und Provinzielles.

Salle a. C., 23. Juni.

### Achtung, Parteigenossen!

Die in Stichwahl befindlichen Nachbar- kreise unseres Agitationsbezirktes brauchen am Wahltag (Donnerstag) unsere Mit- hilfe. Wir ersuchen deshalb alle Genossen, welche an diesem Tage mitzuarbeiten gewillt sind, sich morgen, Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im Weißen Hof, Geißstr. 5, einzufinden. Auch Radfahrer werden noch gebraucht und wollen solche sich ebenfalls dort melden.

Parteigenossen! Macht den Sieg zu einem vollkommenen. Was der 16. Juni begonnen, muß die Stichwahl vollenden. Wir alle wissen, was es gilt. Melbet Euch zur Arbeit und forgt für neue Füllung der Kassen.

Der Vorstand des Das Zentral-Wahl- Soz. Ver. für Halle komitee für den Reg.- u. d. Saalkreis. Bez. Merseburg.

### Aus dem Stadtverordnetensaale.

Die Hitze des Wahlkampfes übertrag sich gestern, wenn auch in wesentlich gemildeter Form, auf die Verhandlungen im Stadt- verordnetensaale. Nachdem vier Rechnungsentwürfe ohne jede Debatte ausgesprochen worden waren, kam es schon bei der Vorlage über Einführung des Hauszahlungsunter- richts in den ersten Wochentagen der Volksschulen zu prin- zipiellen Auseinandersetzungen. Einige der Stadtverordneten wollten von dem neuen Unterrichtsweize nichts wissen, zu ihnen gehörte fogar der Mittelschullehrer Meyer, der seine ab- lehrende Haltung damit begründete, die Mütter seien es, denen die Pflicht obliege, ihre Töchter in der Führung des Haushaltes zu unterrichten; wolle man der Schule diese Auf- gabe übertragen, dann dürfe wenigstens der Unterricht nicht obligatorisch (für alle jungsweize) sein, sondern die Teilnahme an ihm müsse jedem Mädchen freigestellt bleiben. Die in Aus- sicht genommenen 40 Vormittage, genühten auch keineswegs, um den Unterricht abzufahren. Stadtd. Tzelle sprach als nächster Redner seine Vermutung aus, daß aus dem Munde eines Lehrers so rüchliche Anschauungen kommen könnten, der Haus- haltungsunterricht solle und könne keine perfekten Mädchen aus- bilden, jomoh er müßten den Mädchen im Jahre vor der Entlassung aus der Schule diejenigen Elemente über die Zubereitung der Speisen und die Führung eines Haushaltes beigebracht werden, die erforderlich sind, um den Mädchen im späteren Alter, wenn sie als Hausfrauen einer Virtschaft vorstehen sollen, einen Blick für das zu geben, was zu tun ist und wie es zu tun ist. Zweckmäßiger wäre es allerdings, wenn der Unterricht den Mädchen im Alter von 15–16 Jahren erteilt werden könnte, da das aber nicht möglich ist, muß eben die Schule den Unter- richt übernehmen. In tabeln ist nur, daß der Unterricht auf die Schülerinnen der obersten Klasse beschränkt werden solle. Gerade die aus niederen Klassen entlassenen Mädchen lüchten nach der Konfirmation die Fabriken auf und hätten keine Ge- legenheit mehr, sich vor Gründung eines eigenen Haushaltes in der Wirtschaftsführung auszubilden. — Für die Vorlage sprachen sich u. a. Stadtverordn. Brendel und die Stadt- verordneten Brincke, Robert und Dittenberger aus. Gegen nur wenige Stimmen wurde schließlich die Vorlage an- genommen; leider aber der Erweiterungs- Antrag Tzelle, den Unterricht auf alle Mädchen im letzten Jahre vor der Schul- entlassung auszubilden, gegen etwa ein Duzend Stimmen ab- gelehnt.

Den „Clou“ des Tages bildete der Bau einer Mittelschule Ecke der Lora- und fünften Vereinsstraße. Das Projekt ist schon über zwei Jahre lang herum gezögert worden. Vor adt Tagen wurde es des Kassenprotokolls wegen abgelehnt. Nach weiteren Absichten der Baukommission auf 423 000 M. redu- ziert worden, also auf denselben Betrag, der ursprünglich in Aussicht genommen und bewilligt worden war. Die Herren Giele und Grote waren die Führer der Opposition gegen das Projekt. Sie bemängelten die immer noch zu hohen Kosten, die von 60 000 M. hermindert werden könnten, wenn statt der offenen die geschlossene Bauweise, etwa nach Art der Schule in der Klosterstraße gewählt würde. Der Magistrat wolle nur seinen Kopf aufsetzen und suche nun von hinten herum zu er- reichen, was ihm zuerst mißlungen sei. Die Schylen würden aus noch, so sagte Herr Schmidt, erwidern. Herr Grote machte geltend, es scheine ihm, als ob eine gewisse Person — gemeint war der Bauinspektor Neffert — durch seine prunk- vollen Bauten sich nur einen Namen machen und seine hiesige Stellung als Springbreit für eine höhere Karriere benutzen wolle. Herr v. Holly nahm den Angegriffenen in Schutz.

Den Standpunkt unserer Parteigenossen vertrat Stadtd. Emmert, der sich für Bewilligung des neuen Projekts aus- sprach. Wichtig ist, daß geparkt werden müsse, aber dazu gebe es genug andere Gelegenheiten. Dieselben Herren jedoch, welche heute auf einmal so sparsam sein möchten, haben die großen überflüssigen Summen mit bewilligt. Von der verlässlichen Spannung zwischen der Baukommission und dem Stadtbaupinspektor lasse die Sozialdemokratie ihre Abstimmung nicht abhängig sein.

Bei der namentlichen Abstimmung wurden je 25 Stimmen für und gegen die Vorlage abgegeben, so daß der Vorkriser Herr Dittenberger, zu entscheiden hatte. Er erklärte sich für das Projekt, das damit angenommen war.

In der kurzen geschlossenen Sitzung wurde als Vorkriser der im 11. Armenbezirk der Bautechnik Hof, Mittelhof, gewählt, im 23. Bezirk an Stelle des Brauereidirektors Schneider der Verlagsbuchhändler Marhold, Hofstraße, und als Armen- pfleger Oberlehrer Sudard, Königstraße. — Einem Gespanne wurde zur goldenen Hochzeit das übliche Ehrengehalt von 50 Mt. bewilligt.







